

Verantwortlicher Redakteur: H. Mosner in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugpreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitspalt ober deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 80 Pf.

Abend-Ausgabe.

Abnahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler,
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greis-
 wald G. Illies, Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg
 Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
 Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Der Kaiser in Dresden.

Nach den uns aus Dresden zugehenden
 Mitteilungen war der Empfang Ihrer Majestäten
 des Kaisers und der Kaiserin ein begeisterter,
 nicht gefüllt waren alle Straßen, welche die
 kaiserlichen Wagen bei der Einfahrt passierten und
 das Publikum wurde nicht müde, den Majestäten
 immer wieder zuzuschauen. Auch die Auszeichnung
 der Straßen übertraf die weitgehenden Erwar-
 tungen. Die Begrüßung Ihrer Majestäten des
 Kaisers und der Kaiserin mit den höchsten
 Majestäten war eine äußerst herrliche. Der
 Kaiser hat die Kaiserin beglückwünscht und der An-
 kunft zunächst in das Königszimmer und darauf
 an der von der Bahnhofs stehenden Generalität,
 an deren Spitze sich der General-Feldmarschall
 Prinz Georg befand. Nach dem Abschieden der
 Ehrenkompanie und dem Verbleiben derselben
 traten Ihre Majestäten die Fahrt durch die
 Kaiserstraße nach dem Kaiser-Wilhelms-Platz an,
 wo außer dem Rathe der Stadt, den Stadtwor-
 den, den Ehrenjungfrauen und die Geis-
 tlichkeit der Stadt Aufstellung genommen hatte.
 Oberbürgermeister Dr. Stübgen hielt folgende
 Ansprache: „Zum ersten Male betreten Ew.
 Majestät das getreue Sachsenland, um präsidien-
 des Herrschaft zu halten. Die Bürgerstadt
 der Stadt Dresden ist gleich dem ihr aller
 theueren kaiserlichen Herrn des Landes erfüllt
 von der frohen Zuversicht, daß die kaiserlichen
 Regimenter sich von diesem als eine schlag-
 fertige und starke Wehr des Vaterlandes erweisen
 werden. Mit Freuden werden sie dem Rufe
 Ew. Majestät folgen, wenn je des Reiches Feinde
 die Erhaltung des Friedens unmöglich machen
 sollten. Der Vorberuf in der gerechten Kampfe
 Ew. Majestät nicht fehlen. Heute aber, da wir
 in Ew. Majestät den verehrtesten und mächtigsten
 Schirmherrn des Friedens verehren, und da Ew.
 Majestät zu unserer höchsten Freude mit Ihrer
 Majestät unserer kaiserlichen Kaiserin hier Aller-
 höchsten friedlichen Einzug halten, bunt Dres-
 den dort zum Gruß die Königin der Blumen
 und jubelnd erhebt die Bürgerstadt das Geschloß
 der Treue.“ Der Oberbürgermeister schloß seine
 Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen
 Hoch auf Ew. Majestät den Kaiser und Ihre
 Majestät die Kaiserin. Ew. Majestät der Kaiser
 dankte mit kühnen Worten, sprach die Freude
 aus, hier wieder einzutreffen, wo ihm die Erfüllung
 seiner Pflichten jederzeit leicht gemacht werde,
 und reichte dem Oberbürgermeister die Hand.
 Hierauf erfolgte die Weiterfahrt durch die Haupt-
 straße, über den Neustädter Markt, wo sich 800
 Schulkinder eine Gefangenschaft darboten,
 und über die festlich geschmückte Straße nach dem
 königlichen Schloß. Auf dem ganzen Gehege
 wurden Ihre Majestäten mit unangenehmen
 enthusiastischen Zurufen begrüßt. Abends 7 Uhr
 fand im königlichen Schloß Familienfest statt,
 an welcher die hier anwesenden Fürstlichkeiten
 theilnahmen. Das Gelingen und der Ehrenstich
 nahmen an der 60 Gedeck zählenden Tischstafel
 Platz.

Deutschland.

Berlin, 5. September. Der Vizepräsident
 des preussischen Staatsministeriums, Staats-
 sekretär v. Bötticher, welcher sich in Karlsruhe
 zur Kur befindet, wird, so schreibt man, in etwa
 vierzehn Tagen hier zurückzukehren; alsdann wird
 über die Berufung des Bundesrats verfügt
 werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erläutert eine
 frühere Erwähnung über das Sozialisationsrecht
 dahin, ihre Meinung sei, daß das gewerbliche
 Streikagitationsthorium, sofern es weber Arbeit-
 nehmer nach Arbeiter ist, in den Rahmen der
 durch § 152 der Gewerbeordnung umschriebenen
 Streikfreiheit nicht einbezogen ist.

Damit soll, wie es scheint, gesagt werden,
 Theilnehmer an einer Streikagitation, welche
 nicht Arbeiter oder Arbeitgeber sind, könnten nach
 dem jetzigen Stande der Gesetzgebung strafrechtlich
 verfolgt werden. Wir glauben, daß dies in
 in die Kategorie derjenigen juristischen Deduk-
 tionen gehören würde, mit denen die Regierung
 resp. die Staatsanwaltschaft neuerdings wieder-
 holt den Oppositions-Parteien bequeme Triumphe
 bereitet hat. Die Aneignung zu einer statthaften
 Handlung kann, von wem sie auch ausgeht mag,
 nicht strafbar sein.

Die polnische Presse bezieht sich, den zu
 den Wandern nach Galizien gekommenen Kaiser
 Franz Josef der lokalen Gefühlsregung der Bevoöl-
 kerung zu versichern. Der „Gazet“ schreibt: „Mit
 dem Jahre wächst die Ehrfurcht und die An-
 genlichkeit für den Kaiser, welcher für ganz
 Europa als ein Muster eines Regenten und für
 seine Völker ein wahrer Vater ist. Die Regie-
 rung Sr. Majestät hat den Erfolg aufzuweisen,
 daß die Begriffe Monarchie und Familie ver-
 schmolzen sind. Und unsere Gefühle sind um so
 tiefer und lebhafter, als wir noch mehr als
 andere Völker die Segnungen der Regierung
 eines solchen Monarchen zu schätzen in der Lage
 sind.“ Das Krakauer Blatt zählt sodann die
 Wohlfahrten auf, welche das Land unter der
 Regie des Monarchen theilhaftig geworden ist
 und erklärt: „daß die Polen mit der Dankbarkeit
 die Zuversicht in die große Mission der Monarchie
 und des Monarchen verbinden. Trotzdem um
 die Reize eine bloß militärische ist, werde doch
 überall die gesammte Bevölkerung dem Kaiser
 entgegensteht und ihm zuzubehören: Gott erhalte,
 Gott segne, Gott beschütze unsern Kaiser, König
 und Vater.“ Der „Przeglono“ schreibt: „Der
 Kaiser wird nicht das Land besuchen, sondern nur
 den Wandern bewohnen. Gleichwohl wird es
 dem schwer gekrümmten Herzen des Königs
 wohl thun, daß er längs seines Weges überall
 bei uns kühnen Liebe, Treue und Loyalität be-
 gegnen wird.“

Der diesjährige englische Ge-
 werkeinstellung, seiner Zahl nach
 der 22., wurde am vergangenen Montag in
 Dundee eröffnet. Die als trades unions bekannte
 und vielgegründete wirtschaftliche Organisation
 tagt neuer unter Umständen, welche eine dringende
 Mahnung bilden, für die Unverfälschung ihres
 moralischen Ansehens und ihres materiellen Nach-
 theils ihre ganze Kraft einzusetzen. Denn der
 seit Abhaltung des internationalen Pariser So-
 zialistenkongresses in die Arbeitermassen der euro-
 päischen Industriestaaten gefasene Geist, der
 speziell auf englischen Boden den Ausbruch der Lon-
 doner Dockarbeiter nebst einer ganzen Reihe von
 Lebensstreiks ins Leben gerufen hat, war in dem Pro-

gramm der Trades-Unions nicht entfernt vorge-
 sehen. Festere sind, ob mit oder ohne ihre Schuld,
 im Wandern aus der Vorhut der englischen
 Arbeiterbewegung in die Nachhut gerathen, woran
 durch die in der Eröffnungssitzung des Kongresses
 einstimmig angenommene Erklärung zu Gunsten
 der Anständigen nichts geändert wird. Aller-
 dems ungeachtet bleibt es ja immerhin, daß die
 Trades-Unions es verstanden haben, ihr eigenes
 Haus von ungetreuen sozialrevolutionären Ein-
 dringlingen bis jetzt rein zu erhalten, dagegen
 hat ihre Autorität in Arbeiterkreisen nicht hinge-
 reicht, diese letzteren fest bei der Gewerkeverei-
 nigung zu halten, sondern, wie das Beispiel eben
 der Londoner Dockarbeiter darthut, daß sich das
 Gros, namentlich die Männer der unqualifizierten
 Arbeit, anderen Führern zugewendet, deren
 himmelstürmendes Demagogentum ihnen mehr
 imponirt, als das vielfach erklüftete Gebahren der
 Gewerkevereinsleiter. Die Anhänger des Trades-
 Unionismus haben demal von der öffentlichen
 Meinung keinen ganz leichten Stand. Sie
 müssen den Vorwurf über sich ergehen lassen,
 daß ihre Organisation sich nicht mehr auf der
 Höhe ihrer Aufgabe befindet, daß sie auf ihren
 Vorberufen geruht haben, statt dem ererbten
 Vordringen des sozialrevolutionären Geistes
 wachsam entgegen zu treten; die Führer der Ge-
 werkevereine aber werden bezichtigt, aus Regungen
 persönlichen Ehrgeizes ihren Einfluß in den Dienst
 politischer Parteibestrebungen gestellt zu haben,
 statt ihn einzig und allein den Interessen der von
 ihnen vertretenen Arbeiterfrage zu widmen. In
 den Streikverhandlungen ist man noch weiter
 gegangen und hat geradezu behauptet, die Herren
 Bradburn, Shipton und andere gewerkeverei-
 nigtliche Notabilitäten hätten im Solche des Groß-
 kapitalis. Das alles sind unermessene und auch
 wohl kaum zu erweisende Behauptungen; für den
 Augenblick aber erfüllen sie ihren agitatorischen
 Zweck, indem sie die Arbeiter kopflos machen
 und massenhaft aus den Reihen der Gewerke-
 vereinsorganisation auf die freie Weide des So-
 zialismus treiben. Der Erfolg wenigstens ist
 von den Gewerkevereinen ganz und gar auf die
 von Burns geleitete Bewegung hinübergegangen,
 und ersterer erkräftigt die schwierige Aufgabe,
 das gewaltige, durch Ueberimpfung eingebligte Ter-
 rain mühselig und zersplittert wieder zurück zu
 gewinnen. Mit der Föhrung dieser Aufgaben
 werden die Trades-Unions zu Stande kommen
 oder auf ihre bisherige tonangebende Stellung
 gänzlich verzichten müssen. Erstes wäre zu
 wünschen, letzteres steht zu befürchten, wie die
 an denjenigen Ländern vorliegenden Erfahrungen
 beweisen, wo der von unten herauf betriebenen
 sozialen Revolutionierung nicht die von oben
 herab wirkende Aktion der sozialen Reform das
 naturgemäße Gegengewicht hält.

Der Telegraph hat berichtet, daß am 3.
 September eine Gesandtschaft des Sultans von
 Sanibar abreise, um den deutschen Kaiser zu
 seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Die
 beiden Gesandten, deren Namen in dem Tele-
 gramm wohl nicht ganz richtig mitgeteilt waren,
 gehören, nach der „N. Fr. Ztg.“, zu den ange-
 sehensten der Sanibar-Adler. Mohamed Sleiman
 Mendrie nimmt die Stellung eines Ober-
 richters ein, dem die Verwaltung der Münz-
 gelder anvertraut ist, und Selim ben Hamad, der
 sich als ein naiver Verwandter des Sultans be-
 nennt, ist einer der reichsten Adler dort. Nach
 demselben Blatte verläuft aus Sanibar, daß
 dem Hauptmann Wissman die Gesandtschaften
 ausgegangen ist und daß er auf neue Zufuhr
 aus Deutschland warten muß. Es wäre danach
 nicht auffällig, wenn der mehrmals angekündigte
 Zug nach dem Innern in der Richtung auf
 Wipawa jetzt noch nicht gemacht würde. —
 Die Nachricht von dem „Ausgehen der Gesand-
 schaft“ scheint uns der Bestätigung zu be-
 dürfen.

Prinz Viktor Napoleon ist zwar nicht
 mit einem Wahlmanifester hervorgetreten, er hat
 indessen seinen Gedanken die Wahlparole in der
 letzten Nummer des „Figaro“ in der Form eines
 Interviews mitgeteilt.

„Mein Programm“, sagte der Prinz, „alle
 Welt kennt es, mein Programm ist das Kaiser-
 reich. Ich bin nicht Haupt einer Partei, sondern
 Vertreter einer Sache. Der Kampf, den wir
 am 22. September zu bestehen haben werden,
 gilt nicht der Regierungsform, er ist ein An-
 sturm gegen die Ausbeuter dieser Regierung.“
 Die Vorwürfe, welche der Prinz vom imperia-
 listischen Standpunkte aus gegen die parlamen-
 tarische Republik zu erheben hat, werden von
 ihm in folgenden Worten zusammengefaßt:
 „Nichts ist geschehen, um die Lage des Arbeit-
 ers zu verbessern, nichts um das Loos des Bauern
 zu erleichtern, nichts um die nationale Erwerbs-
 tätigkeit zu fördern und die Kassen zu vermin-
 dern, welche das Volk bedrücken, nichts, um die
 Gleichheit zu gewährleisten! Ueberall Verfol-
 gung, überall Unbestand, Ungewißheit, Furcht
 vor bevorstehenden Erschütterungen, fortwährende
 Zerlegung der gesellschaftlichen Kräfte, überall
 Unmacht und Unfähigkeit.“ Da kann nichts be-
 sser, meint der Prinz, als Verfassungsurkunde,
 die einer konstituierenden Versammlung übergeben
 wird. Vor allem aber ein freies Plebisit, wel-
 ches zu antworten hätte auf die dreifache Frage:
 Republik, Königreich oder Empire? Wenn die
 entscheidende Stunde geschlagen haben wird,
 dann wird der Prinz und seine Getreuen, gegen-
 über „einer um alles Vertrauen gebrauchten Re-
 publik, gegenüber einem ohnmächtigen Königreich
 die Fahne der kaiserlichen Demokratie aufspan-
 nen und Frankreich wird wieder in den Besitz
 einer thätigsten und volkshörigsten Staats-
 gewalt treten, die auf Gehorsam rechnen kann.“
 Was den Boulangismus betrifft, so äußerte der
 Prinz nach dem Bericht des „Figaro“ Folgendes:
 „Meine Freunde haben kein Bedenken getragen,
 diese Bewegung zu unterstützen, welche nicht
 weniger auf ein Plebisit hinauslaufen muß.“
 Die plebisitäre Bewegung tritt immer
 kräftiger an in allen Departements und wir
 gewahren Aufnahme allen denen, welche sich der-
 selben anschließen, woher sie auch kommen
 mögen. An dem Tage, an welchem die feierliche
 Vergebung des Volkes stattfinden wird, ist auch
 das Kaiserreich fertig. Der Parlamentarismus,
 die Quelle aller unserer Spaltungen und
 Schwächen, kann neben dem allgemeinen Stim-
 mungsrecht nicht bestehen.“ Da der Prinz dem all-
 gemeinen Stimmrecht damit ein Kompliment
 macht, muß dahingestellt bleiben. Dagegen kam
 man den Schlussätzen seiner Programmverle-
 lung das Verdict einer prägnanten Fassung

schwerlich absprechen. Sie lauten: „Der Kampf
 muß sich zu einer Entscheidung zwischen
 Republik und Empire, den beiden Formen der
 Demokratie. Das legitime Königreich ist nur
 noch eine Erinnerung, der Graf von Chambord
 hat es mit sich ins Grab genommen. Unmög-
 lich kann man denken, daß eine Kammer das
 Spiel von 1830 wiederholen könnte, die Kam-
 mern entscheiden nicht mehr über das Schicksal
 des Volkes, seit das allgemeine Stimmrecht zum
 Bewußtsein seiner Kraft gelangt ist. Das
 Kaiserreich also, welches den Ideen von 1789
 ihre praktische und gouvernementale Form ge-
 geben hat, wird der einzige Erbe der gegenwärtigen
 Bewegung sein.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Gerade
 die wärmsten Anhänger unserer humanistischen
 Symmarien beklagen den Umstand, daß dieselben,
 weil ihnen ein zahlreiches ungeeignetes Schül-
 ermaterial zugeführt wird, in der Erreichung ihrer
 Ziele gehindert werden. Es ist allerdings eine
 Thatsache, daß man erst von der Obersekunda
 ab, in welcher Klasse diejenigen, welche lediglich
 zum Berechtigungschein zum Einjährigendienst
 zu Liebe die Schule so lange besucht haben, nicht
 mehr zu finden sind, von einem auf das Studium
 vorbereitenden Unterricht sprechen kann. Ja selbst
 in der Obersekunda befindet sich noch eine Reihe
 von Schülern, welche, um gewisse Laufbahnen
 einschlagen zu können, das Zeugnis für Prima
 erwerben wollen. Unter diesen Elementen leidet
 der Unterricht unabweisbar; wie dieselben aber
 abzuschließen sind, dafür fehlt es an geeigneten
 durchführbaren Vorschlägen. Der Forderung,
 daß erst das Reifezeugnis zur Unterstufe die
 Berechtigung zum einjährigen Dienst für die
 Schüler der humanistischen und Realgymnasien
 vermitteln soll, hat zunächst etwas Befriedigendes,
 und es erscheint zweifellos, daß deren Erfüllung
 einen großen Theil der Schüler, die heute in der
 angesprochenen Weise, nur jenes Zeugnis zu
 erlangen, diese Anstalten besuchen, fern halten
 würde. Aber die Billigkeit widerpricht der
 Durchführbarkeit dieses Vorschlags. Denn die
 höheren Bürgerschulen und gleichwertigen An-
 stalten gewähren in 6-jährigem Kursus daselbe
 Recht, und es würde zu erheblichen Unzulänglich-
 keiten kommen, wenn Schüler in den oberen
 Klassen die Gymnasien verlassen wollten; die-
 selben müßten sich dann noch eine besondere Prü-
 fung bei den staatlichen Kommissionen unterziehen.
 Vor allen Dingen aber ist der Vorschlag deshalb
 unumführbar, weil es bis heute noch an ge-
 eigneten anderen Bildungsanstalten, welche jenes
 Zeugnis zu erteilen berechtigt sind, mangelt.
 In vielen kleinen Städten giebt es nur ein Gym-
 nasium und Volksschulen, und die Eltern, welche
 ihre Söhne nicht aus dem Hause geben können
 oder wollen, wenn sie dieselben als Einjährig-
 freiwillige dienen lassen wollen, auf das
 Gymnasium ausweisen. Aus verschiedenen Grün-
 den ist also wenigstens zur Zeit und unter den
 bestehenden Einrichtungen der einen gebundenen
 Kern bergende Gedanke nicht in Thatsachen um-
 zusetzen. Das Richtige an dem Gedankens liegt
 darin, daß nur eine abgeschlossene Bildung jenes
 Vorrecht gewährt sollte, und es läßt sich nicht
 verkennen, daß der Abiturient der höheren Bir-
/>

gerische über eine solche gebietet, während die
 der Schüler des Gymnasiums, der ein Jahr „mit
 Erfolg“ die Sekunda besucht hat, nicht besitzt.
 Wenn die Frage, ob lediglich der abgeschlossenen
 Bildung das Vorrecht des einjährig-freiwilligen
 Militärdienstes gewährt werden dürfe, in ernste
 Erwägung genommen werden soll, so ist es er-
 forderlich, daß zunächst die Grundlagen geschaffen
 werden, auf denen auch den mittleren Klassen der
 Erwerb einer solchen Bildung allgemein ermög-
 licht wird.

Erfreulicher Weise bricht sich nun immer
 mehr die Erkenntnis Bahn, daß dem Mittelstufen-
 wefen, namentlich den höheren Bürgerschulen,
 die genügende Förderung bisher nicht zu Theil
 geworden sei, und aus dieser Erkenntnis wird
 hoffentlich in nicht zu ferner Zeit eine Verneh-
 rung jener Bildungsstätten sich ergeben. Wenn
 dieses unabwiesbare Bedürfnis in befriedigender
 Weise erfüllt ist, dann wird es Zeit sein, auf
 die oben angedeutete Frage zurückzukommen.

S. M. Kreuzerregatte „Leipzig“, Kom-
 mandant Kapitän zur See Blüddemann, mit dem
 Geschwaderchef Komte-Admiral Deinhard, ist am
 4. September d. J. in Kapstadt eingetroffen.

Halle a. S., 5. September. Von dem all-
 gemeinen deutschen Bergmannstag wurde bei dem
 heutigen Festessen ein Jubiläum und Ergebniss-
 festprogramm an Se. Majestät den Kaiser ab-
 gegeben.

Münster i. W., 5. September. Gutem
 Vernehmen nach hat der Papst den Marius
 Alghardi in München mit dem Infortiprozess
 über die Wahl des Dr. Dingeldey zum Bischof
 von Münster beauftragt.

Österreich-Ungarn.
 Wien, 5. September. Der russische Ge-
 sandte in Belgrad, Persant, ist aus Paris hier
 eingetroffen. — Die „Polit. Korresp.“ meldet
 aus Belgrad, die Königin Natalie habe in Briefen
 an Privatpersonen den 14. d. Mts. als den Tag
 ihrer Abreise nach Belgrad bezeichnet und dabei
 erklärt, daß es ihr um keinerlei Empfang in
 Belgrad zu thun sei. In der Regierung nahe-
 stehenden Kreisen werde betont, daß die Regie-
 rung sich dieser Centralität gegenüber streng
 verfassungsmäßig verhalten, selbstverständlich in
 die Rechte der Königin als Mutter des Königs
 respektiven werde.

Schweiz.
 Bern, 1. September. Die Bewegung,
 welche auf die Herbeiführung einer Volksabstim-
 mung über das Gesetz betreffend die Errichtung
 einer Bundesanwaltschaft in der Schweiz ge-
 richtet ist, wird von ihren Urhebern andauernd
 mit ungehörter Eifer betrieben. Diese Agi-
 tation wurde bekanntlich von dem seit Jahren
 bestehenden, über das ganze Gebiet der Eidgen-
 ossenschaft verbreiteten „Grüti-Verein“ ins Werk
 gesetzt. Man mußte sich seitens dieses Vereins
 um so eher eines lebhaften Widerstandes gegen
 die Schaffung der gedachten Stelle im Verwal-
 tungs-Organismus der Schweiz versehen, als
 derselbe sich nicht nur aus den radikal geimten
 schweizerischen Arbeitern rekrutirt, sondern viel-
 fach von fremdländischen sozialistischen Elementen
 durchsetzt ist. Es sind überhaupt die eingewand-
 erten Sozialisten, welche durch ihre unermüd-
 liche Propaganda dem Grüti-Verein, der sich
 ursprünglich nur die Verrichtung der Grundbesitz-

des Liberalismus gegenüber reaktionären Strö-
 mungen und Versuchen zur Aufgabe gesetzt hatte,
 im Laufe der Jahre ein völlig geändertes Ge-
 präge aufgedrückt haben, so daß der Verein nun-
 mehr sich fast vollständig in den Dienst soziali-
 stischer Theorien und Bestrebungen gestellt hat.
 Der Grüti-Verein entwickelt denn auch gegen-
 wärtig im Kampf gegen die Errichtung einer
 schweizerischen Bundesanwaltschaft einen so rüh-
 rigen Eifer, daß es ihm, wie es scheint, gelingen
 dürfte, jene 30,000 Stimmen aufzubringen, welche
 erforderlich sind, um das Verlangen nach einer
 Volksabstimmung über ein vom Bundesrathe be-
 schlossenes Gesetz durchzusetzen. Nichts wäre aber
 irriger, als in dem Eintritte dieses Ereignisses
 sofort auch den Vorboten der Verwerfung des
 gedachten Gesetzes zu erblicken. Man scheint im
 Auslande die Bedeutung des sogenannten Reife-
 zeugnisses in der Schweiz in sehr hohem Maße
 zu überschätzen, indem man von der an sich
 logisch wohl begründeten Annahme ausgeht, daß
 ein Gesetz, welchem gegenüber sich 30,000 Stim-
 men vereinigen, um ein Plebisit darüber her-
 beiführen, mit den Anschauungen und Wünschen
 eines sehr beträchtlichen Theiles der schweizeri-
 schen Bevölkerung in Widerspruch stehen müsse.
 Dieser Maßstab, dessen Anwendung in anderen
 Ländern vollständig berechtigt ist, paßt aber zu
 den thatsächlichen Verhältnissen in der Schweiz
 nicht. Hier zu Lande sind Volksabstimmungen
 geradezu alltägliche Erscheinungen. Man möge
 im Auslande bedenken, daß in den meisten Kan-
 tonen jedes kantonale Gesetz ausnahmslos der
 Volksabstimmung unterworfen werden muß. Die
 von der Bundesversammlung beschlossenen Ge-
 setze unterliegen nicht dem Zwange einer derarti-
 gen Einreichung und werden nur in dem Falle
 einer Volksabstimmung vorgelegt, wenn inner-
 halb 90 Tagen nach der Verkündung des Gesetzes
 von 30,000 Schweizer Bürgern die Volksab-
 stimmung verlangt wird. Gesetze, welche von
 der Bundesversammlung als dringliche be-
 schlossen werden, unterliegen überhaupt keiner
 Volksabstimmung. Wenn nun auch Gesetze, die von
 der Bundes-Legislative ausgehen, gegenüber
 den mit dem Prozeß der Volksabstimmung ver-
 knüpften Verwicklungen und Beschwerden mit
 einigen schädlichen Mängeln umgeben sind, so
 schwebt nichtsdestoweniger, von der erwähnten
 Ausnahme abgesehen, über jedem in der Schweiz
 nach beschlossenen Gesetze die Möglichkeit eines
 Verlangens nach Volksabstimmung. Der Erfolg
 eines derartigen Verlangens bedeutet jedoch ange-
 sichts des Umstandes, daß die Schweizer sich in
 den Brauch, über die Einführung neuer Gesetze
 die Gesamtheit entscheiden zu lassen, so einge-
 lebt haben, noch lange nicht eine thatsächliche
 Gefahr für das dem Plebisit unterzogene Ge-
 setz. Für ein derartiges Verlangen können 30,000
 Stimmen hier zu Lande sehr leicht gewonnen
 werden, selbst wenn das betreffende Gesetz einem
 allgemein gehegten Wunsch entspricht. Als sehr
 belehrendes Beispiel hierfür sei die Thatsache
 angeführt, daß über 60,000 Stimmen sich ge-
 angelt hatten, um die Volksabstimmung über das
 von einigen Monaten von der Bundesversamm-
 lung beschlossene Schulbetriebs- und Kon-
 kursgesetz zu verlangen. Dieses Gesetz entspricht
 aber einem dringenden Bedürfnisse; seit Jahren
 haben sich fast alle hervorragenden Juristen der
 Schweiz an der Ausarbeitung dieses Gesetzes be-
 theiligt, bis endlich — post tota discrimina rerum
 — ein Werk zu Stande kam, welches durchaus
 nicht als ein legislatives Ideal angesehen wer-
 den kann, aber immerhin die mannigfachen Uebel-
 stände, Disharmonien und Mängel der bisher
 bezüglich der Schulbetriebs- und des Konkurs-
 wesens bestehenden kantonalen Gesetzgebungen der
 Hauptsache nach beseitigt. Das Gesetz ist vom
 Nationalrathe sowohl, wie vom Ständerathe mit
 überreicher Mehrheit angenommen worden.

Nichtsdestoweniger gelang es den Konserativen
 und Ultramontanen in diesem Falle, über 60,000
 Stimmen für das Verlangen der Volksabstim-
 mung zu gewinnen; dieselbe wird denn auch im
 November erfolgen.

Das Verlangen nach einem Plebisit über
 die Errichtung einer Bundesanwaltschaft in der
 Schweiz darf somit durchaus nicht als das Todten-
 gelnde dieses Gesetzes erscheinen. Man darf im
 Gegentheil die sichere Erwartung hegen, daß die
 eventuelle Volksabstimmung mit der Annahme
 des Gesetzes seitens der Mehrheit der Schweizer
 enden wird. Entsprang doch das Gesetz nicht
 einem augenblicklichen Bedürfnisse, geschweige
 denn dem Wunsche, sich damit dieser oder jener
 auswärtigen Macht gefällig zu zeigen. In allen
 politisch reifen Kreisen der Schweiz war die Zen-
 tralisierung der Fremdenpolizei längst als eine
 Nothwendigkeit erkannt worden, und lange bevor
 verchiedene Zwischenfälle des letzten Jahres die
 Mängel der bisher in diesem Punkte bestehenden
 Einrichtungen besonders fühlbar machten, hatte
 sich der Bundesrath mit dem Plane der Errich-
 tung einer Bundesanwaltschaft befaßt. Die neue
 Einrichtung wurde von der schweizerischen Presse
 fast aller Färbungen rückhaltlos gutgeheißen und
 im Interesse der Schweiz selbst mit Verdringung
 aufgenommen. Wenn der sozialistischen Zwecken
 dienbar gewordene Grüti-Verein die Sturm-
 drucke künste, so braucht das Niemanden um das
 Schicksal des neuen Gesetzes beorgt zu machen.
 Daß es ihm gelingen wird, in diesem Einzelfalle
 30,000 Stimmen oder auch mehr um seine Fahne
 zu schaaren, ist nicht unwahrscheinlich; mit ziem-
 licher Sicherheit läßt sich aber erwarten, daß das
 eventuelle Plebisit sich für das Gesetz aus-
 sprechen wird.

Belgien.
 Brüssel, 3. September. Die Unter-
 suchung in Bezug auf den Urheber des im Ministerium
 des Innern verübten Dokumenten Diebstahls
 nimmt ihren Fortgang, wird jedoch in solch
 eigenthümlicher Weise geführt, daß selbst der un-
 bedingteste Beobachter nicht umhin kann, sich
 seine besonderen Gedanken darüber zu machen.
 Einer der ersten Schritte der Untersuchungs-
 kommission war die bereits früher gemeldete
 Hausdurchsuchung bei einem gewissen Georg Nieter,
 ehemaligem Privatsekretär des Ministers des
 Innern und jetzigem Inspektor der schönen
 Künste, sowie auch Vorsteher des Pressbureaus
 im Ministerium des Innern. In letzterer Eigen-
 schaft unterhielt Nieter zahlreiche Verbindungen
 mit hiesigen Journalisten und Berichterstattern
 auswärtiger Blätter, deren Namen durch die bei
 der Hausdurchsuchung vorgefundene, umfangreiche
 Korrespondenz festgestellt werden konnten. Die
 in Rede stehenden Dokumente befanden sich eine

Zeit lang — als Fürst Chimay mit dem Herzog
 von Urfel wegen der Arbeiterunruhen im Deme-
 gou in Briefwechsel stand — im Bureau Nieters,
 und es erscheint nahezu zweifellos, daß bei dieser
 Gelegenheit die Schriftstücke entfernt oder un-
 befugten zur Durchsicht gegeben oder Abschriften
 davon genommen wurden, und es ist um so
 wahrscheinlicher, daß Nieter die Hand dabei im
 Spiele hatte, als derselbe mit Mondion, alias
 de Maurel, fremdbürgerliche Beziehungen unter-
 hielt. Die vorerwähnten Journalisten, welche
 von Nieter mit Nachrichten versehen wurden,
 gingen im Bureau desselben frei ein und aus,
 an diesen Umständen scheint die Untersuchungs-
 kommission den Verdacht zu knüpfen, daß einer
 derartigen gelegentlichen eines Besuches die Do-
 kumente entnommen oder von Nieter zur Einsicht
 erhalten habe. Wenigstens wurde gestern eine
 große Anzahl dieser Journalisten vor den Unter-
 suchungsrichter zitiert und über die näheren Um-
 stände ihrer zeitweiligen Besuche, sowie über den
 Inhalt der von Nieter gelieferten Nachrichten
 eingehend verhört.

Während man also durch die Erklärungen
 der Madame Adam und die Maurels, daß sie die
 Dokumente in Händen gehabt und davon Ab-
 schrift genommen, ganz genau die Mitthäter des
 Diebstahls kannte, verlor man hier in Brüssel
 Personen, welche an dieser Angelegenheit ganz
 gewiß unbetheiligt sind. Und während bereits
 vor vier Wochen die Abfertigung einer Unter-
 suchungskommission nach Paris gemeldet wurde,
 hat Madame Adam erst kürzlich erklärt, daß
 weder sie noch einer der Redakteure der „Nou-
 velle Revue“ von dieser Kommission befragt
 worden. Dagegen meldet heute das offiziöse
 „Journal de Bruxelles“, daß kein Chefredakteur,
 Herr v. Haillville, eine lange Unterredung mit
 Madame Adam hatte. Nicht mit Unrecht fragt
 aus diesem Anlaß die „Etoile Belge“, ob am
 Ende gar Herr de Haillville mit der Unter-
 suchung betraut worden sei. Unbegreiflich er-
 scheint es auch, daß Nieter trotz der sich häufenden
 Verdachtsgründe nicht nur auf freiem Fuße,
 sondern auch im Besitze seiner amtlichen Stel-
 lungen verbleibt. Die mehrfach aufgeworfene
 Frage, ob Mondion, alias de Maurel, thatsächlich
 d. Z. Berliner Korrespondent des „Journal de
 Bruxelles“ war, wird von dem amtlichen Or-
 ganen dahin beantwortet, daß Mondion auf Ver-
 suchsweise als Korrespondent nach Berlin ge-
 sandt wurde, daß jedoch von dessen Berichten
 kein einziger als zum Abdruck geeignet befunden
 wurde. Mondion wurde damals, zufolge der
 Erklärung des Chefredakteurs, dem letzteren durch
 den nämlichen Georg Nieter zuerst vorgestellt,
 welcher heute im dringenden Verdachte steht, die
 Dokumente gestohlen und mißbraucht zu haben.

Frankreich.

Paris, 3. September. Wie telegraphisch
 gemeldet, hat der Minister des Aeußern das all-
 gemein verbreitete Gerücht von der bevorstehen-
 den Ersetzung des französischen Botschafters in
 Petersburg, Raboulat, durch einen General als
 ungenau bezeichnen lassen. Dieses Gerücht hatte
 infolge Glauben gefunden, was bei der hier
 augenblicklich herrschenden Strömung ganz natür-
 lich erscheinen muß. Es wird dem Publikum
 Morgens und Abends vorgebetet, daß Raboulat
 bereit sei, seine ungeheuren Streitkräfte in den
 Dienst der französischen Revanche zu stellen,
 sobald man die Ernennung eines Generals zum
 Botschafter in Petersburg ganz selbstverständlich
 finden müßte, da es sich ja demnach darum
 handeln würde, einen gemeinschaftlichen Feldzugs-
 plan zu kombinieren. Einige Journale hatten
 nur die angebliche Wahl des Generals Raboulat
 als Nachfolger des Herrn von Raboulat kritisiert,
 weil auf diesen jüngsten aller Korpskommandeure
 ganz besondere patriotische Hoffnungen gesetzt
 werden, derselbe also nicht aus dem aktiven
 Dienst entfernt werden dürfe. Dagegen wurde
 als für den Petersburger Posten besonders ge-
 eignet der General Reval genannt, der ehemalige
 Kriegsminister, welcher seit einem Jahre dem
 Rade der Marine angehört, weil derselbe früher
 Militärratthe in Petersburg gewesen ist und,
 wie man weiß, mit den dortigen hohen mili-
 tärischen Kreisen feste Fühlung bewahrt hat.
 Vorläufig scheint nun Herr von Raboulat in
 Petersburg zu verbleiben, und es wird dazu be-
 merkt, daß sich derselbe der ganz besonderen Gunst
 des Jaren erfreue.

Das auf heute angekündigte Wahlmanifester
 des Prinzen Viktor Napoleon ist noch nicht er-
 schienen, die Sprache sämtlicher bonapartistischen
 Organe läßt aber bereits voraussehen, daß das-
 selbe ebenfalls und vielleicht noch im verstärkten
 Maße das Zusammengehen sämtlicher der re-
 publikanischen Regierung feindlichen Elemente
 anempfehlen wird. Die Wahlbewegung ist jetzt
 auch in den Departements im vollen Gange und
 es wird, ganz wie in Paris, der Kampf zwischen
 den Republikanern und ihren koalirten Gegnern
 mit der größten Heftigkeit geführt. Die zahl-
 reichen Fremden, welche augenblicklich hier an-
 wesend sind, müssen aus der Fülle der fran-
 zösischen Journale entnehmen, daß hier zu Lande
 sämtliche politische Persönlichkeiten aller Par-
 teien Spitzbüben und Schurke sind, daß jeder
 Minister mindestens ein Duzend Mal den Gal-
 gen verdient hat und daß es keinen einzigen ehe-
 maligen oder zukünftigen Deputirten giebt, der
 als anständiger Mensch gelten könnte. Glück-
 licherweise werden dieselben bald errathen, daß
 hier augenblicklich gewisse Worte ihre gewöhn-
 liche Bedeutung verändert haben, denn sonst
 könnte es sich doch ereignen, daß manche naive
 Ausländer sich beileben würden, einer solchen An-
 dichtenstadt den Rücken zu kehren. Die bonapar-
 tistischen Organe sind bekanntlich in letzterer
 Zeit mehrfach in der Lage gewesen, vertrauliche
 amtliche Schriftstücke zu veröffentlichen, und es
 ist trotz aller Bemühungen der Regierung bis
 jetzt nichts gelungen, die pflichtverwesenen De-
 putirten, welche den boulangistischen Organen die
 Amenten mitgetheilt hatten, ansündig zu machen.
 Heute liegt nun ein neuer derartiger Fall vor,
 welcher besonders typisch ist und einen peinlichen
 Eindruck machen muß. Das Reibergan Bou-
 langers, „La Presse“, hat gestern Abend den Text
 eines sehr vertraulichen Rundschreibens veröffent-
 licht, welches der Justizminister am 31. August
 an die Staatsanwälte gerichtet hat, in welchem
 bezüglich der Ueberwachung des Kampfes mit
 Instruktionen zu versehen. Der Justizminister
 hat sofort eine strenge Untersuchung angeordnet.

